

Die griechische Offensiv. — General Wrangel.

Athen, 26. März. Aus Smyrna wird gemeldet, daß die griechischen Truppen ihren Vormarsch fortsetzen. Die Kommandanten stehen sich in Unordnung. In zünftigen Kreisen ist man davon überzeugt, daß das Ziel der griechischen Truppen in etwa 10 Tagen erreicht sein wird.

Konstantinopel, 27. März. Heute meldet aus Konstantinopel: Um ihre übliche Neutralität während der türkisch-griechischen Feindseligkeiten zum Ausdruck zu bringen, hat die englische Regierung General Harrington, den britischen Befehlshaber im Schwarzmeergebiet, angewiesen, sein Kommando über griechische Truppen abzugeben. Alle englischen Truppen sind zurückgezogen worden.

Eine erste Lage ist im Zusammenhang mit der Frage der russischen Forderungen entstanden. General Wrangel lehnt es ab, sein Heer aufzulösen und seine Waffen, Munition und Befehlsinstrumente an Rußland zurückzugeben. In seiner Antwort behält er ferner seine Bereitschaft weiterzukämpfen aus. Die Franzosen haben inzwischen Wannens Waffen an Georgien verkauft, wo sie in die Hände der Bolschewisten gefallen sind.

Die Aalandsfrage.

Stockholm, 26. März. Wie die Zeitungen aus Helsingfors melden, verlässt in finnischen Regierungskreisen, daß der Bericht der Entente-Kommissionen über die Aalandsfrage zu Gunsten Finlands lauten werde, jedoch Finland auch zurückhaltend die Souveränität über die Aalandsinseln behalten wird. Man glaubt zu wissen, daß der diplomatische Vertreter der finnischen Regierung in Paris inoffizielle Mittelungen erhält, die zu den oben genannten Auffassungen berechtigen.

Die deutsche Goldreserve.

Der von der französischen Presse bereits seit einiger Zeit bekämpfte Gedanke, die Goldreserve der deutschen Reichsbank als Ausgleich für die von Deutschland verlangte Zahlung von einer Milliarde Goldmark zu beschlagnahmen, scheint tatsächlich bei der Entente festere Formen anzunehmen. Man gibt offenbar wieder einmal dem Drängen der vom blinden Haß erfüllten Franzosen nach und läßt sich in ein Abenteuer ein, dessen Wirkung aber für die gesamte europäische Wirtschaft katastrophal sein muß. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich Deutschland auf das schärfste Durchsetzen dieser Absicht widersetzen wird. Die Reichsbank ihrerseits wird unter keinen Umständen ihre Goldreserven gewillig herausgeben, u. sie dürfte das auch gar nicht, da diese Goldreserven die Sicherheiten für privatrechtliche Forderungen an sie darstellen. Es würde nicht nur ein eklatanter Bruch des Friedensvertrages sein, sondern auch jedem bisher geduldeten Recht widersprechen, wenn die Entente versuchen sollte, zu einer gewaltsamen Wegnahme dieses Goldes zu schreiten.

Während des Krieges ist von beiden Seiten die Unantastbarkeit des in den Banken niedergelegten Privateigentums geschützt worden. Deutschland hat bei seiner Besetzung feindlicher Länder niemals ein Bankdepot angegriffen, und die Franzosen selbst haben, als sie Mailand besetzten, den Goldbestand der dortigen Reichsbankfiliale nach einer irrtümlichen Beschlagnahme von drei Stunden wieder vollständig zurückgebracht. Der Gedanke, die Goldreserve der deutschen Reichsbank zur Deckung der Milliardenforderung heranzuziehen, ist für jeden, der einigermaßen mit den wirtschaftlichen Zusammenhängen vertraut ist, so absurd, daß man wirklich nicht verstehen kann, wie er in Paris, wo es doch auch noch kluge und weise Wirtschaftspolitiker gibt, überhaupt aufkommen konnte.

Das Gold, das die deutsche Reichsbank gemindert oder in Barren gegenwärtig zur Verfügung hat, befreit sich im Werte auf etwa 1091 Millionen Goldmark, die Goldmark zum Parikurs berechnet. Nach dem Kursstand der Papiermark würden das ungefähr 13 Milliarden Papiermark ausmachen. Dieser Bestand ist die Deckung für unseren Notenumlauf, der heute etwas über 60 Milliarden beträgt. Die anderen bei der Reichsbank vorhandenen Deckungen in Silber, Platin u. s. w. reichen an die Golddeckung nicht heran. Es liegt auf der Hand, daß die Wegnahme dieses Goldes von katastrophalen Folgen für den Staat und Kredit unserer Nation sein müßte und eine erhebliche Verminderung unserer Währung sofort eintreten würde. Die erste Wirkung dieser Wertminderung hätte natürlich der Inflation zu tragen. Aber auch das Ausland würde sie fast unmittelbar verspüren. An deutscher Papiermark laufen heute im Ausland geltende Forderungen 20 Milliarden um. Ein Teil davon liegt noch aus Preußen in Belgien und Frankreich fest; der überwiegende Teil aber befindet sich auf dem neutralen Markt und vor allem in Amerika.

Ein Eingriff der Entente in unsere Goldreserve würde also den Feind selbst schädigen und den übrigen Auslandsbürgern der Marktläuterung wirtschaftlichen Schaden bereiten. Das Ausland befindet sich weiterhin noch im Besitz von etwa 30 Milliarden Bankguthaben deutscher Papiermark, die zum größten Teil durch deutsche Einfuhr entstanden sind. Alle diese Forderungen müßten durch Sinken der Valuta an Wert einbüßen.

Mit den 50 Milliarden ist das Interesse des Auslandes aber noch nicht erschöpft. Man muß hinzurechnen den Besitz, den das Ausland an deutschen Wertpapieren in der Hand hat. Amerika hat besonders im Jahre 1920 große Effektenkäufe gemacht, hauptsächlich Schatzanweisungen. Der Gesamtbetrag der im Ausland befindlichen deutschen Wertpapiere kann auf ungefähr 25 Milliarden Reichsmark veranschlagt werden. Dazu kommen dann noch Marktkredite, die uns das Ausland im Krieg gewährte, und die zum Teil noch nicht abbezahlt sind. Die Gesamtforderungen des Auslandes mit rund 100 Milliarden anliegen, heißt sie gewiß nicht zu hoch veranschlagen. Die Auslandsbesitzer dieser Marktforderungen würden von jeder Gewaltmaßnahme, die unsere Valuta zum neuen Sinken bringt, direkten Schaden davontragen. Die Folgen solcher Gewaltmaßnahmen würden aber auch sonst von schmerzhaft wirtschaftspolitischen Wirkung sein. Eine Hemmung der deutschen Einfuhr müßte sofort eintreten, während die deutsche Ausfuhr wenn auch nur vorübergehend, so doch für geraume Zeit, einen Aufschwung nehmen würde, der als Dumping in Erscheinung tritt. Dieses Dumping zu verhindern, aber ist das hervorsteckendste Bestreben aller Wirtschaftspolitiker des Auslandes, nicht zum wenigsten in England und Amerika.

Kleine politische Nachrichten.

Vertinag über die Sanktionen.

Vertinag erklärt im Echo de Paris hinsichtlich der Belagerung Deutschlands, eine Milliarde Goldmark am 23. März zu zahlen, die englische Regierung werde zweifelslos darauf aufmerksam machen, daß die Nichtbezahlung der 20 Milliarden Goldmark, die der Wiederherstellungsschluß auf Grund des Artikels 235 verlangt, schon ausdrücklich von den Verbündeten angefordert wurde, als die letzten Zwangsmaßnahmen begründet werden und daß man nicht zweimal wegen des gleichen Deliktes bestrafen könne. Vertinag meint, darauf könne man antworten, Deutschland habe seine Verpflichtung durch eine ausdrückliche Erklärung versichert. Aber es scheint, daß in Frankreich einige Bedenken über das Vorgehen der Reparationskommission bestehen. In gewissen Kreisen erklärt man nämlich, es wäre besser gewesen, den 1. Rat abzuwarten, um die vollständige Bilanz der deutschen Verfehlungen aufzumachen. Dazu sei es jetzt zu spät. Die Initiative sei ergriffen worden und wenn sie nicht unterstützt werde, dann hätte die gemeinsame Sache eine Niederlage erlitten und die Wiederherstellung der Lage werde schwierig sein.

Französischer Bergarbeiterstreik.

Alle Wälder besaßen sich mit der Deutung eines allgemeinen Streiks der Arbeiter in den Kohlenbergwerken, der am 1. April beginnen soll. Ein Mitglied des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter erklärte, der einzige Weg, auf dem ein Streik vermieden werden könne, sei die Intervention der Regierung durch Erhöhung der zur Fortführung der Kohlenindustrie notwendigen Mittel. Der Bergarbeiterstreik könnte infolge der Verluste, die sie erleiden, nicht nachgeben.

Die Unruhen.

Anschlag auf das Spandauer Elektrizitätswerk.

Berlin, 29. März. Gestern früh um 4 Uhr tauchten auf dem Grundstück der Elektrizitätswerke Unterferse an der alten Spree in Spandau fünfzehn etwa 12 junge Waischen auf, drangen sofort in den Werkraum ein und hielten die dort anwesenden wenigen Arbeiter mit vorgehaltenen Revolvern in Schach. Einige der Bomben besaßen sich darauf in den Raum, in dem sich die Hauptkaltanlagen befinden und versuchten, diese in die Luft zu sprengen. Indem sie an der Antenne drei Handgranaten und eine mit Sprengstoff gefüllte Bombe anbrachten. Dann entsetzten sie sich, ohne die im Werkraum befindlichen Arbeiter von der bevorstehenden Explosion zu benachrichtigen, in der Richtung nach Spandau. Zum Glück explodierte nur eine Handgranate, wobei der Schaden gering ist. Der Rest der Sprengstoffe wurde von herbeigeeilten Schutzpolizisten beschlagnahmt.

Bei Mordanschlag auf der Bahnhofsstraße Halle-Berlin wurde die Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt. Es gelang, einen der Täter zu verhaften.

Mißglückter Generalstreik in Bayern.

München, 29. März. Der von den Kommunisten für Ostermontag für München und wohl auch für ganz Bayern organisierte Generalstreik ist vollkommen ins Wasser gefallen. Die Annahme ist durchaus berechtigt, daß auch in Bayern fremde Elemente die Tragtücher hinter den Kulissen sein müssen, und zwar deshalb, weil ein mit den Verhältnissen vertrauter niemals in Bayern einen Generalstreik für Samstag proklamieren würde, weil an diesem Tage nur hohle Tagesarbeit geleistet wird. Die Arbeiterschaft in München und Bayern wird sich von dem Generalstreikstieber der Kommunisten nicht anlassen lassen.

14 Tote, 48 Verwundete in Essen.

Berlin, 29. März. Aus Essen wird gemeldet: Das Organ der Kommunisten, das „Rote Echo“, hatte ein neues Flugblatt herausgebracht, das tüchtigen Rufsturz predigte, zum sofortigen Generalstreik aufforderte und die Massen auf die Straße rief. In den Nachmittagsstunden kam es am Theaterplatz zu einem Zusammenstoß. Ein Demonstrationszug, dem eine Frau mit einem roten Banner vorausging, brachte die Straßenbahn ins Stocken, worauf die Schutzpolizei vordrang und zunächst den Zug mit einigen Schüssen und Handgranaten auseinandertrieb. Hierbei wurde niemand verletzt. Dagegen kam es kurz darauf am Kopmannplatz zwischen der Polizei und kommunistischen Demonstranten zu einem blutigen Zusammenstoß, wobei 14 Personen getötet und 48 verwundet wurden. Unter den Toten befinden sich auch Reichspolizisten. Die Schutzpolizei hat Verstärkungen aus den Nachbarkreisen zusammengezogen. Auch eine Abteilung Reichsmehr ist eingetroffen. Die Lage ist augenblicklich noch gefährlich. Gegen einen Busch in Weilmann wurde ebenfalls Polizei eingesetzt. Der Oberpräsident hat über den verletzten Teil der Regierungsbegleit Düsselberg und über die Regierungsbegleit Rünster und Arnberg den Ausnahmezustand verhängt.

Einnahme des Leuna-Werkes.

Merseburg, 30. März. Gestern in früher Stunde wurde das Leuna-Werk genommen. Dem mühsam durchgeführten Angriff wurde zunächst bestiger Widerstand geleistet. Erst als ein Teil umgehender hoher Österreich durch stürmende Truppen des Grafen Boninck überwandener war, ließ der Widerstand der Russen nach. Ein Einkommen war für die Eingeschlossenen unmöglich, da von Norden die Gruppe Merseburg, von Süden eine kombinierte Gruppe Goehring, das Werk eingeschlossen hatten und außerdem die Brücken über die Saale durch Kraftwagen mit bewaffneten Mannschaften gesperrt waren. Sämtliche Gruppen, die an der Umernährung beteiligt waren, standen unter der Leitung des Obersten Krieger. Es wurden bisher 1000 Gefangene gezählt. Die Menge an Material ist sehr groß.

Ueberfall auf württ. Verkehrswehr in Sangerhausen.

Am Karfreitag fand auf Anforderung des Reichswehrministeriums ausschließliche 150 Freiwillige aus der württ. Verkehrswehr, die sich den Bahnschutz zur Aufgabe gemacht hat, zum Schutz der durch fortgesetzte verdrängende Anschläge gefährdeten Bahnanlagen in den Bezirken der Eisenbahndirektionen Halle und Magdeburg nach Mitteldeutschland beordert worden. Bei ihrer Ankunft in Sangerhausen wurden sie, nachdem sie kaum den Zug verlassen hatten, von den

Austrätern, die sich in den umliegenden Gebäuden und auf der über den Bahnhofs führenden Brücke verborgen hatten, überfallen und mit Gewehr- und Maschinengefeuern empfangen. Der Bahnschutz wurde an den beiden Bahnhöfen von den Ausführengesprengt, der Architekt war von ihnen mit Maschinengewehren belegt. Bei diesen verdrängenden Überfall der Bolschewistenführer Wilhelm Müller von Stuttgart, stationiert in Kornwestheim, ein brauer, pflichttreuer Beamter der Eisenbahnerverwaltung, zum Opfer; außerdem wurden 24 Mann verwundet. An den Überfall schloß sich ein etwa 4 Stunden dauerndes Gefecht mit den Ausführenges an, in dessen Verlauf der Bahnschutz und die dazu gehörenden Gebäude in den Händen der Württembergischen blieben. Der geistliche Bolschewistenführer, dessen Familie sich die allgemeine Teilnahme zuwendete, und die Verwundeten wurden bis auf 4 Mann, die wegen ihrer Verwundung noch nicht transportfähig sind, nach Stuttgart beordert. Die Verwundeten bewiesen die Verwendung von Dum-Dum-Geschossen leitens der Ausführenges. Solche Geschosse wurden auch in den Taschen der Gefallenen und Gefangenen gefunden. Die Verluste der Ausführenges, die zum größten Teil aus jungen Burschen von 16 bis 20 Jahren sich zusammensetzen, sind im übrigen noch nicht bekannt. Am Samstag trafen Mannschaften der Sicherheitspolizei zur Verstärkung in Sangerhausen ein, die zahlreiche Verhaftungen vornahmen. Zu Verhandlungen ist es bisher nicht mehr gekommen. Nach den neuesten Berichten ist die Lage in Sangerhausen jetzt ruhig. Die preussischen Kollegen der Württembergischen haben ihnen überall auf ihrer Fahrt Dank und Anerkennung für ihre mutige Hilfe ausgesprochen. Der ordnungsliebende Teil der Bevölkerung von Sangerhausen, der unter Württembergern eine dankbare Aufnahme bereitet hat, ist über den verdrängenden Überfall empört.

Eine kommunistische „Kundgebung“ auch in Stuttgart.

Stuttgart, 29. März. Auch in Stuttgart wird in diesen Tagen von kommunistischen Hechern mit allen Kräften geschrien. Heute früh hielt ein Aufruf an allen Arbeitern, der zum Massenprotest dagegen auffordert, daß in Mitteldeutschland, dem „Kraftzentrum“ und Herz der Revolution“ die Regierung und der mehrheitssozialistische Oberpräsident sich nicht einfach von den „feindlichen Arbeitern“, den Schächern und Bahnhofsgeheimern, umfassen lassen. Das Flugblatt, das von der Verein. Komm. Partei ausbricht, fordert zu einer Kundgebung am Dienstag nachm. 5 Uhr auf dem Marktplatz auf. Auch die bekannten Gestalten der typischen Sturmtruppe der Partei zeigen sich wieder in Stuttgart. Die Bevölkerung Stuttgarts wird die übliche Ablehnung dieser kommunistischen Anstiftung am besten dadurch beweisen, daß sie ihrer Kundgebung sich völlig enthält. Es ist das kein Schandfleck, bei dem man gewarnt sein müßte.

Aus Stadt und Bezirk.

Regeld, 30. März 1921

* Erhöhung der städt. Wohnungsmieten. Die Wohnungsmieten der Stadt sind nicht, wie es in unserem vorletzten Gemeinderatsbericht heißt, durchschnittlich um 50% erhöht worden, sondern nur teilweise und dazu nur, wenn die Wohnung und ihr Zubehör wirklich entsprechende Vorteile bietet. Im Allgemeinen hat man sowohl auf die persönlichen Verhältnisse, wie auch die Art der Wohnung Rücksicht genommen und teilweise nur ganz minimale Zuschläge festgelegt. Vor allem Dingen aber muß ganz besonders hervorgehoben werden, daß die städt. Mieten derzeit niedrig waren, daß teilweise kaum von einer Mieterermäßigung im Verhältnis zur heutigen Teuerung gesprochen werden konnte. Auch heute noch halten sich die Mietspreise durchgänglich unter den Preisen, wie sie von den Hausbesitzern gefordert werden und wohl auch gefordert werden müßten, weil diese doch immerhin auf eine gewisse Rentabilität ihrer Häuser angewiesen sind.

* Erhöhung der Fernspreckgebühren. Die Vorstandsbeschlüsse der Ratung teil uns mit, daß auf die Erhöhung der Fernspreckgebühren des Reichspostministeriums folgenden Inhalt beschränkt ist: Bei der dementsprechenden Erhöhung der Fernspreckgebühren ist beabsichtigt, die Fernsprecknehmer in dem Maße für die Gebührenerhöhung zu kompensieren, wie sie vom Fernspreck Gebrauch machen. Die Vorarbeiten für die Verurteilung der Gebühren sind noch nicht so weit gediehen, daß die Erhöhung der Tarife im einzelnen bereits übersehen ist. Bevor der Entwurf zur neuen Fernspreckordnung dem gesetzgebenden Ausschuss vorgelegt wird, wird er noch dem Verkehrsbeirat beim Reichspostministerium, in dem auch das Handwerk vertreten ist, vorgelegt werden.

* Bahnhofsarbeiten. Die Reichs-Eisenbahnerverwaltung plant zur Verminderung des Verkehrs an Fahrkartenspitzen bei der bisherigen Bahnhofsarbeiten Mittelmaßnahmen abzugeben bis aus Maximum in der Höhe der früheren Zustände herabgesetzt sind. Vorläufige Beschlüsse sind zunächst auf einen großen Verkehrsbahnhof gemacht worden.

* Schwurgerichtssitzungen des II. Vierteljahres 1921 in Eßlingen am Dienstag den 26. April 1921, vormittags 10 1/2 Uhr. Zum Vorsitzenden ist ernannt worden Landgerichtsdirektor Dr. Rupp.

* Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Fast alle größeren Zahlungen an die Post — Einzahlungen auf Postanweisungen und Zehntausende, Bezahlung von Wertpapieren, Fernspreckgebühren, Zeitungsgebühren, Mieten, Schlichtungsgebühren usw. — können unter gewissen Voraussetzungen bargeldlos durch Reichsbanküberweisungen, Reichsbank-Schecks, Postüberweisungen, Postchecks und Postanweisungen beglichen werden. Nebenleistungen und Schecks von Behörden und befristete weiße Schecks gelten ohne weiteres als Bargeld. Auch sonst werden Postanweisungen und Zahlkarten abgehandelt und Wertgegenstände ausbezahlt, ohne daß die Geschäftlich abgewandert wird, wenn Sicherheit hinterlegt ist oder der Kunde einen bei der Postpostamtlich schriftlich zu beantragenden Ausweis erhalten hat. Die Ausweise betreffen auch zur Einlösung von Nachnahmen und Postanweisungen, wenn die Postanträge nicht sofort zurück, weiter oder zum Protest zu geben sind. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

* Vom Garnmarkt. Am Markt für Baumwolle im Württembergischen Stadtbereich war das Geschäft in den verdrängten acht Tagen wiederum vollständig luflos. Zu irgendwelchen neuentwerteten Umsätzen ist es nicht gekommen. Die Verbraucher halten sich von allen größeren Unternehmungen

fern; so
völlige
nen.
eine
andere
seinen
tot und
Geschäft
bedeutet
*
deutsch
Die Pro
Zentrum
*
Landes
landschaft
im großen
Wesche
und Kos
dies ist
einen
März
sagen ab
Nicht
den
Die
ist völlig
pct. der
ganz be
Kopf
unmöglich
Vorgänge
ist in den
Während
die Trü
März
teilen
sich dem
insolter
die Polis
den
41 pct.
ist
wird
mehren
enthalten
*
Jahr für
schwierig
händen
zu legen
Berichter
sch. in
*
brach
ind
desh
ein
Opfer
von
schöne
halten
Fremde
Mitteln
Feier
um 20
*
Ostreich
unterhält
beson
Spargler
ist
*
Furt
Wind
ist
*
Reichs
Weber
Laudis
Reg. 18
*
Kell
Fulst
geschl
*
wird
idem
vom
dem
etwa
1800
1918: 100
*
r
nächsten
4 Uhr
große
Taran
des
von
den
zweite
W
Einricht
stände,
die bis
Zustimm
weise
pflichtet
eine
Minister
Kosten
eracht
flä
richtungen
einlegen,
weniger
richtungen
ausflutun
Diensthan
und berg
führung
Werde
H
reis
des
des
den



